

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 66 (1993)

Heft: 5

Artikel: Deshalb 2 kräftige NEIN am 6. Juni 1993

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



(Aus «Diamant», Zeitung des Vereins Schweizer Armee-Veteranen, vom 30. November 1992)

Die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»

verbietet

jeden Ersatz unserer veralteten Kampfflugzeuge.

kommt

von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee».

Es gibt viele Gründe für ein NEIN:

- Wir leben in einer instabilen Zeit. **Selbstentwaffnung** ist riskant.
- Sicherheit hat ihren Preis. **Wehrlosigkeit** erst recht.
- **Die Flugwaffe schützt** Volk und Truppe. Dazu braucht sie moderne Technologie.
- Verlust der Lufthoheit bedeutet **Verlust der Souveränität**.
- Die Schweiz rüstet nicht auf. Sie ersetzt **130 veraltete durch 34 neue Flugzeuge**.
- Die Erneuerung des Luftschirms bringt **keine neuen Steuern**.
- Der Flugzeugkauf sichert **Tausende von Schweizer Arbeitsplätzen**.
- Die Sicherheit der Schweiz gehört nicht in die Hände der **Armeeabschaffer**.

Darum sagen auch Bundesrat und Parlament

NEIN zur Flugzeug-Verhinderungs-Initiative.

Moderner Luftschirm lebenswichtig

«Der *Fourier*» druckt hier das Votum Chef EMD, Kaspar Villiger, anlässlich der Ständeratdebatte vom vergangenen 3. März ab, da es wichtige Details enthält, die ein klares NEIN zur Kampfflugzeugbeschaffunginitiative enthalten!

1. Wir brauchen eine Armee

1989 war das Jahr der Euphorie:

- Die Mauer fiel.
- Viele glaubten, mit dem Ende des Kalten Krieges verschwänden Kriege aus der Geschichte.
- Trotzdem stimmte unser Volk für die Beibehaltung der Armee.
- Es hatte recht.

1992 war das Jahr der Ernüchterung:

- In Europa wird Krieg geführt.
- Hunderttausende sind auf der Flucht.
- Neue Risiken von Gewaltanwendung haben das Risiko der grossen Ost-West-Auseinandersetzung abgelöst.

Natürlich, es gibt auch Chancen:

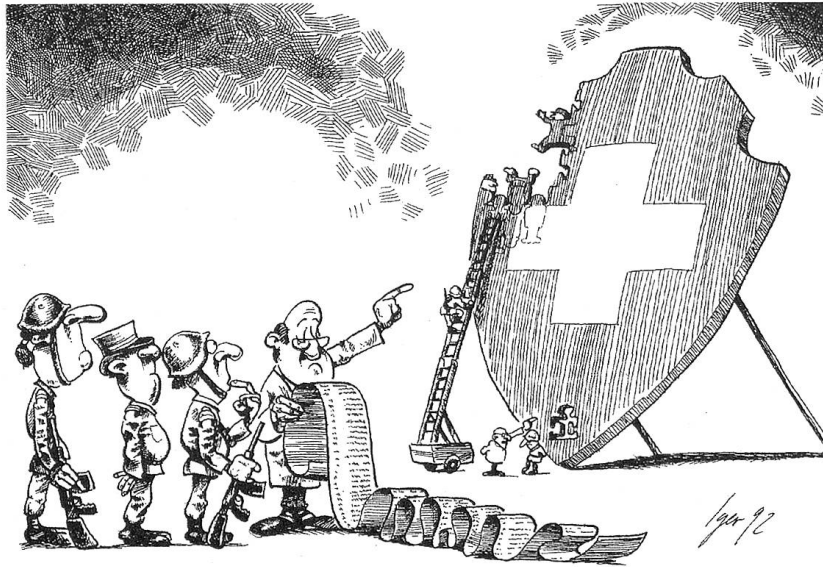
- Aber sogar sie brauchen zur Realisierung
- das stabilisierende Gerüst von Streitkräften.

Deshalb – ich wiederhole es:

- will das Volk die Armee.
- Und es hat nach wie vor recht.

Man kann aber nicht

- eine Armee wollen
- und ihr zeitgemässes Material vorenthalten.
- Am Boden ist unsere Armee modern und glaubwürdig.
- In der Luft ist sie es nicht.



(Aus «Armee '95-Info» 1/93)

Die Initiative

«40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»

will mehr

und geht im **Text** viel weiter als der Titel sagt.

verhindert

eine moderne **Ausbildung.**»

Es gibt viele Gründe für ein NEIN:

- Für unsere **Sicherheit** brauchen wir eine gut ausgebildete Armee.
- Eine gute Ausbildung braucht **nicht mehr** Waffenplätze als heute. Aber sie müssen **zeitgemäss** sein.
- Unsere Soldaten verdienen **anständige Unterkünfte**. Auch in Neuchlen-Anschwilen.
- Moderne Anlagen und Simulator-Training **schonen die Umwelt**.
- Ausbildung auf Waffenplätzen **entlastet Natur, Landwirtschaft und Feriengebiete**.
- Das **Umweltschutzgesetz** gilt – auch ohne Initiative – für das Militär genauso wie für alle anderen.
- Die Initiative schwächt die Leistungsfähigkeit der Truppe und **nützt den Armeeschaffern**.

Darum sagen auch Bundesrat und Parlament

NEIN zur Anti-Waffenplatz-Initiative

2. Die Armee braucht einen modernen Luftschild

Ein einziger F/A-18

- schießt vier Mirage-Flugzeuge gleichzeitig ab,
- bevor diese ihren Angreifer überhaupt auf dem Radar bemerkt haben.

Im modernen Luftkampf

- haben unsere Piloten keine Chance,
- wenn sie nicht durch Flugzeuge der neuen Generation unterstützt werden.

Die beste Bodenarmee

- kann ihre Aufgabe ohne einen modernen Luftschild nicht erfüllen.
- Die traumatisierenden Bilder der Autobahn ausserhalb Kuwaits im Golfkrieg belegen es.

Der Verzicht auf die Erneuerung der Flugwaffe

- bedeutet Selbstentwaffnung in jenem Bereich,
- der in jedem modernen Konflikt von Anfang an eine entscheidende Rolle spielt.
- Es wäre ein massgeblicher Schritt zur Wehrlosmachung.

Das wissen auch andere westliche Demokratien:

- Deshalb erneuern Engländer, Franzosen, Deutsche, Schweden und Finnen
- ihre Flugzeuge genau so,
- wie das etwa Holländer, Dänen, Belgier, Norweger und Spanier schon vorher getan haben.

3. Die Initiative

Genau diesen Verzicht aber will die Initiative:

- Es geht ihr nicht nur um den F/A-18,
- wie die Initianten glauben machen wollen.

- Es geht um die Verhinderung jeder Erneuerung der Flugwaffe
 - bis nach der Jahrtausendwende,
- unabhängig vom Typ, vom Preis oder von der Finanzierungsart.

Dass das Vorgehen der Initianten

- gegen den Geist der verfassungsmässigen Kompetenzordnung verstösst,
- sei nur am Rand erwähnt.

Seit der Rüstungsreferendumsinitiative 1987

- wird die Armee systematisch von Initiativen bedrängt.
- Nach der Armeeabschaffungsinitiative wurden
 - Antikampfflugzeug-, Antiwaffenplatz-, Militärbudgethalbierungs- und Kriegsmaterialausfuhrinitiative eingereicht.

Geplant sind:

- Zivilschutzabschaffung, Armeeabschaffung II
- Schweiz ohne Beteiligung an europäischer Militärstruktur,
- Abschaffung der Wehrpflicht.

Erst im Zusammenhang wird klar,

- dass das Ziel letztlich die Wehrlosmachung der Schweiz ist.
- Die vorliegende Initiative ist einer der wichtigsten Pfeiler dieses Konzeptes.

Die Initianten stehen mit ihrem Namen zu diesem Konzept:

- Gruppe für eine Schweiz ohne Armee.
- Sie wissen natürlich, dass dieser Name viele Bürgerinnen und Bürger schreckt.
- Deshalb geben sie sich moderat.

Sie reden nicht von Selbstentwaffnung oder Armeeabschaffung,

- sondern von Denkpause.
- Sie finden es unvernünftig, bei diesen Bundesfinanzen und dieser Arbeitslosigkeit ein Flugzeug zu beschaffen.

- Und sie machen allen Interessengruppen Hoffnungen, sie könnten von diesem Geld profitieren.

4. Die Denkpause

Zur Denkpause:

- In einer derart ungewissen und unberechenbaren Zeit
- ist Denken und nicht Pausieren im Denken gefordert.

Das haben Sie und wir ausgiebig getan:

- Wir haben die Sicherheitspolitik angepasst
- und wir haben die neue Armee entworfen.

Aus dem bewährten Verteidigungsinstrument der Nachkriegszeit

- wird ein vielseitiges Instrument
- zur Beherrschung der Krisen der Jahrtausendwende geschmiedet.

Weil die Verteidigungsfähigkeit

- nicht aus dem Pflichtenheft der Armee gestrichen werden darf, sondern Hauptauftrag bleibt,
- darf man ihr das flexibelste, mobilste und dissuasivste Element
- nicht nehmen: die Flugwaffe.
- Das ist bedacht, abgewogen, geprüft, gereift.

Eine «Denkpause» würde um viele Jahre verzögern:

- Was, wenn wir plötzlich das Flugzeug bräuchten?
- Kurzfristig beschaffbar wäre es nie und nimmer,
- abgesehen vom Fehlen trainierter Piloten und ausgebildeter Techniker.

Der technologische Generationensprung

- wäre nach der zu erwartenden Abwanderung von Piloten und Fachleuten
- nicht mehr zu schaffen.

- Eine spätere Beschaffung käme zudem real ungleich teurer.

Viele werden in den nächsten Monaten behaupten,

- die Annahme der Initiative käme der Abschaffung der Flugwaffe gleich.
- Man wird diese Behauptung kritisieren.
- Ich halte sie für richtig.

5. Die Finanzen

Zur Denkarbeit bei Finanznot

- gehört das Setzen klarer Prioritäten.
- Das Nötige ist zu beschaffen, auf das nur Wünschbare wird verzichtet.
- Das Flugzeug ist nötig.
- Deshalb wollen wir es mit reduzierten Militärausgaben finanzieren.

Wenn wir seit 1990 im EMD auch nur den Teuerungsausgleich erhalten hätten,

- könnten wir dieses Jahr über 900 Millionen mehr ausgeben.
- 1996 werden die Investitionen real über 25 Prozent unter denen von 1990 liegen.
- Die Armee hat ihren Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet, trotz Kampfflugzeug.

Dass das Flugzeug

- mit Unterhalts- und Betriebskosten während der 30jährigen Einsatzzeit
- nur gerade 25 Franken pro Einwohner und Jahr kostet,
- zeigt, dass diese Versicherungsprämie nicht übertrieben ist.

Es stimmt auch nicht,

- dass die 3,5 Milliarden für andere Zwecke nutzbar wären,
- wenn die Initiative angenommen würde.

- Die Armee müsste dann neue Prioritäten realisieren,
 - um demnächst Ausfall notdürftig zu kompensieren.
- Auch das wäre teuer, aber sub-optimal.
- Es ist unredlich, mit diesem Argument auf Stimmenfang zu gehen.

6. Arbeitsplätze

Wegen der Arbeitsplätze

- kauft man keine Flugzeuge.
- Aber wenn man Flugzeuge kauft,
- ist es klug, sie für Arbeitsplätze zu nutzen.

Ungefähr 70 Prozent der Kaufsumme

- werden über direkte Beteiligung
- oder Kompensationsgeschäfte beschäftigungswirksam.
- Das ist achtmal mehr als das gegenwärtig diskutierte Impulsprogramm von 300 Millionen.

Die fließen nicht primär in die Rüstungsindustrie,

- sondern in Unternehmen der Spitzentechnologie.
- Wenn diese gute Arbeit leisten,
 - werden viele von ihnen einen zukunftssträchtigen Riesensmarkt weit über die Kompensation hinaus erschliessen können.
- Damit hat das Programm technologiepolitische Qualität.
- Gerade in einer Rezession ist es mit seinen 20 000 Mannjahren Beschäftigung willkommen.

Wer Konjunkturprogramme fordert

- und gleichzeitig das Flugzeug aus wirtschaftspolitischen Gründen ablehnt,
- ist völlig unglaubwürdig.

7. Schluss

Unsere Sicherheit ist ein zu wertvolles Gut,

- als dass wir sie in die Hände der Armeeabschaffer legen dürfen.
- Bürgerinnen und Bürger werden sich gut überlegen müssen,
 - ob sie mit diesen Kräften gemeinsame Sache machen wollen.

Solche Initiativen

- untergraben auch das Vertrauen des Auslandes in unsere politische Zuverlässigkeit und Stabilität.

Wer glaubt noch an ein Land,

- das sich in einem entscheidenden Bereich selbst entwaffnet,
- das das Feld politischen Verhinderern überlässt,
- in welchem die Entscheidungen der verfassungsmässig zuständigen Organe ständig von Fundamentaloppositionellen unterlaufen werden?

Parlament und Bundesrat

- sind für die Sicherheit dieses Landes verantwortlich,
- nicht nur für die Sicherheit von heute,
- auch für die Sicherheit von morgen oder übermorgen.

Niemand weiss

- wie die Geschichte in den nächsten zehn, zwanzig oder dreissig Jahren verlaufen wird.
- Unsere Verantwortung gebietet
 - diese unverantwortliche Initiative abzulehnen.
- Ich bitte Sie darum!

Klares Nein zur Schwächung der Armee

Bundesrat lehnt die beiden wehrpolitischen Initiativen ab und stellt sich hinter die Armee.

Bundespräsident Adolf Ogi sowie die Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und Kaspar Villiger haben sich in Bern im Namen der Landesregierung klar für eine zeitgemässe und glaubwürdige Landesverteidigung ausgesprochen. An einer gemeinsamen Medienkonferenz äusserte sich die Delegation des Bundesrates ablehnend zur Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» sowie zur Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär». Diese beiden Vorlagen gelangen am 6. Juni zur Abstimmung.

Während Bundespräsident Ogi auf das Selbstbewusstsein der Schweiz und die Geringschätzung eines verteidigungsunwilligen Landes einging, analysierte EMD-Chef Villiger die sicherheitspolitische Lage, hob die Multifunktionalität einer modernen Armee hervor und legte die Ziele der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» bloss. Bundesrat Delamuraz schliesslich unterstrich die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Milizarmee im allgemeinen sowie der Flugzeugbeschaffung im besonderen.

Realität nicht verkennen

Ob eine Schweiz mit oder ohne zeitgemässe Landesverteidigung, sei nicht nur eine Frage des EMD. «Es ist eine Frage des Bundesrates, eine Frage der Schweiz», erklärte Bundespräsident Adolf Ogi. Der Fall der Berliner Mauer vor bald vier Jahren habe neue Hoffnungen geweckt, die man nicht enttäuschen dürfe. Deshalb unterstütze die Schweiz nach Kräften den Reformprozess in Mittel- und Osteuropa. Manchenorts sei die Lage jedoch instabil. «Nicht weiter weg als London, Berlin oder Rom wird

Krieg geführt. Das ist die Realität.» Daran dürfe die Schweiz nicht einfach vorbeisehen.

Es sei die Verantwortung des Bundesrates, eine realitätsbezogene Politik zu betreiben. «Die Initianten tragen diese Verantwortung nicht», so Ogi. Und weiter: Eine Schweiz im Schlepptau der Armeeabschaffer wäre auch international verhängnisvoll. «Eine Schweiz, die sich vor ungeliebten Aufgaben drückt und alles ihren Nachbarn anlastet, wäre auf die Dauer keine akzeptierte Schweiz», meinte Bundespräsident Ogi und fragte: «Was für ein Bild hätte Europa, hätte Amerika von einem Land, das sich freiwillig selbst entwaffnet?»

Für ihn als Bundespräsident sei zudem wichtig, dass Staatsaufgaben nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gehe nicht um die Frage, ob Landesverteidigung oder Sozialwerke, Militär oder Kultur, Armee oder Bauernstand. «All diese Faktoren bilden zusammen ein Netz der Stabilität, der Souveränität und somit auch der Sicherheit.» Ogi zeigte sich überzeugt, dass «in dieser instabilen Zeit, in der sich die Ereignisse täglich überschlagen, Wachsamkeit gefragt ist und keine Denkpause, in der wir wehrlos werden».

Resolution vom 2. April 1993

2 x Nein zur Armeeabschaffung in Raten

Ende November 1989 hat das Schweizervolk mit Zweidrittelmehrheit «Ja» zur Schweizer Armee gesagt. Angesichts der aktuellen europäischen Lage hat sich erwiesen, dass dieser Volksentscheid von berechtigt grosser Skepsis gegenüber Armeeabschaffungsbestrebungen getragen wur-

Armeeabschaffung in Raten

Folgende Initiativen brachten und bringen die Armeegegner vor das Volk:

1987 Rüstungsreferendum
(abgelehnt)

1989 Armeeabschaffungsinitiative
(abgelehnt)

1993 Waffenplatzinitiative

1993 Flugzeugverhinderungsinitiative
(eingereicht)

Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik
(eingereicht)

2. Armeeabschaffungsinitiative
(angekündigt)

Initiative für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur
(angekündigt)

Abschaffung der allg. Wehrpflicht
(angekündigt)

de. Trotzdem ignorieren Armeegegner noch immer die Realität und wollen mit einer wahren Initiativflut die Schweiz armeefrei und wehrlos machen. Damit setzen diese Kreise die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung verantwortungslos aufs Spiel.

Mit der Flugwaffen-Abschaffungsinitiative soll den Bodentruppen der für eine glaubwürdige Verteidigung unerlässliche Luftschirm weggestrichen werden. Mit der Anti-Waffenplatz-Initiative soll durch die Verunmöglichung einer inskünftigen militärischen Bautätigkeit eine Modernisierung und Verbesserung der militärischen Ausbildungsanlagen verhindert werden. Es ist absehbar, dass beide Initiativen Teil einer Armeegegnerstrategie zur Abschaffung der Schweizer Armee in Raten darstellen und entsprechende Ablehnung verdienen.

Unsere Demokratie ist geprägt durch eine klare Abgrenzung von Verantwortung und Kompetenzen zwischen Volk, Parlament und Regierung. Sowohl die Landesregierung als auch das Parlament haben beide Initiativen mit klarer Mehrheit abgelehnt. Mit staatspolitisch bedenklichen Rückwirkungsklauseln in beiden Initiativen sollen die Kompetenzen des Parlaments ausgehöhlt werden. Die vorliegenden Initiativen stellen somit einen staatspolitisch untragbaren Missbrauch dieses Volksrechts dar. Die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände und die zugehörigen rund 250 000 Mitglieder ihrer 44 Dachverbände haben einem Schulterchluss aller ausserdienstlichen aktiven Verbände zugestimmt.

Die gemeinsame Koordination der Tätigkeit auf politischer Ebene hat zum Ziel, beiden Initiativen am 6. Juni 1993 mit je einem Nein zu

begegnen. Die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände hofft, dass auch über ihre Mitglieder hinaus das Schweizervolk die Gefahr beider Armeegefährdungsinitiativen erkennt und die klare Haltung der eigenössischen Räte mit 2 x Nein unterstützt.

Verabschiedet anlässlich der ausserordentlichen Präsidentenkonferenz vom 2. April in Luzern.

2 x Nein am 6. Juni zu den Selbstentwaffnungsinitiativen!

von Ständerat Dr. Willy Loretan, Zofingen, Co-Präsident des Schweizerischen Aktionskomitees «gegen eine Schweiz ohne Schutz».

Wir sind bereit und gerüstet. Auf schweizerischer Ebene und in allen Kantonen haben sich Aktionskomitees an die Arbeit gemacht, um die beiden Volksinitiativen, welche die Armeeabschaffung in Raten zum Ziel haben, die verdiente Abfuhr durch Volk und Stände erfahren zu lassen. Es geht um die **Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative** und um die **Anti-Flugwaffen-Initiative**. Die Komitees sind breit abgestützt und umfassen insbesondere auch die Verbände der Schützen und der ausserdienstlich tätigen Vereinigungen.

Nur bei einer deutlichen Ablehnung der beiden je mit einer **Rückwirkungsklausel** versehenen Initiativen (gegen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges und gegen den ebenfalls vom Parlament rechtsgültig beschlossenen Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen anstelle des veralteten St. Gallen/Herisau) besteht Gewähr, dass die «Gruppe Schweiz ohne Armee» nicht bald ihre zwei-

Samstag, 22. Mai 1993:

Auf nach Bern!

Zum grössten Anlass des Schweizerischen Fourierverbandes. Die Teilnahme ist Ehrensache. Denn die schweigende Mehrheit hat genug! Manifestation auf dem Bundesplatz in Bern für «2 x NEIN am 6. Juni 1993».

te Volksinitiative auf Totalabschaffung der Armee, eine Initiative für die Abschaffung des Zivilschutzes und weitere solche Vorstösse lancieren wird (Die Frage sei erlaubt: Wann sollen denn in der Bundesverfassung auch die **Feuerwehren verboten** werden?).

In einem **Europa**, das seit dem letzten Weltkrieg – nach dem Untergang der Sowjetunion, nach der Selbstauflösung des Warschauer-Paktes und nach dem Wegfall des «Gleichgewichts des Schreckens» – noch nie so **instabil** war wie heute, können nur Narren und Anarchisten die völlige Wehrlosmachung unseres Landes fordern. Die **GSoA, herausgewachsen aus anarcho-sozialistischen Kreisen**, will die Schweiz von morgen vorab auch deshalb wehrlos machen, damit ihre sozialistischen Ideale von gestern, die weltweit katastrophalen Schiffbruch erlitten haben – Millionen von hungernden und frierenden Leuten können derzeit davon schreckliche Dinge erzählen –, doch noch verwirklicht werden können, nach dem Motto: «Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.» Gewalt gegen unsere Bundesverfassung, Gewalt gegen unsere demokratischen Institutionen, **Gewalt und Erpressung gegen das eigene Volk**.

Dies ist das politische und gesellschaftliche Umfeld, in welches die beiden Volksinitiativen erstens zur Verhinderung der Flugzeugbeschaffung bis ins Jahr 2000 und zweitens für eine massive Ein-

schränkung der Ausbildungsinfrastruktur unserer Armee einzubetten sind.

Drei Gründe gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative

1. Ohne Luftschirm ist keine glaubwürdige, wirksame «dynamische Raumverteidigung» – wie sie das vom Parlament gebilligte «Armee-Leitbild '95» vorsieht – denkbar. Ohne Luftschirm können wir in Krisensituationen, an der Schwelle zur Gewaltanwendung gegen unser Land und damit gegen unsere Bevölkerung nicht rasch, angemessen und wirksam reagieren und «die Zähne zeigen».

Ohne **eigenen** Luftschirm für die Armee und Bevölkerung wären wir sehr bald gezwungen, uns sicherheitspolitisch an andere anzulehnen. In kritischen Momenten spannt dann aber doch jedes Land den Schirm zuerst über sich selber auf und nicht über seinem armen Nachbarn. Es ist verantwortungslos, in der heutigen, von Unsicherheit und kriegerischen Konflikten in Europa gekennzeichneten Zeit, ein Beschaffungsmoratorium in die Verfassung zu setzen, welches das endgültige «Aus» für eine militärische Landesverteidigung bedeuten würde, die diesen Namen verdient.

2. Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative will ein vom Volk 1987 mit der Ablehnung des Rü-

stungsreferendums bestätigtes Recht des Parlamentes und eine von dieser rechtsgültig beschlossenen Beschaffung durch eine Ad-hoc-Verfassungsergänzung rückgängig machen. Das ist **Schindluderei mit unseren Institutionen**, mit der Gewaltentrennung und mit der direkten Demokratie. Das darf nicht Schule machen. Hier muss das Volk «halt» sagen! – Dass eine Bundesratspartei solche Missbräuche unterstützt, ist im übrigen ein weiterer Hinweis dafür, auf welch brüchigem Fundament die «Zauberformel»-Konkordanz noch beruht. Wir werden vor allem der **neuen Bundesrätin** – sie hatte seinerzeit die Armeeabschaffungsinitiative, wie ihre politische Zwillingsschwester, unterschrieben – **genau auf die Finger schauen!** Eine armeepositive Einstellung von ihr zu erwarten, wäre zuviel verlangt. Aber mindestens ein Verhalten nach dem römischen Wahrspruch «Si tacuisses, Philosophia manisses» ist dringend zu empfehlen!

3. Andere Länder, vor allem auch neutrale wie Finnland und Schweden, investieren zurzeit bedeutend mehr Mittel in die Modernisierung ihrer Luftverteidigung, als wir dies zu tun beabsichtigen. Auch wir können und müssen uns – im Interesse der äusseren Sicherheit unseres Landes – den Ersatz der völlig veralteten Hunter-Flugzeuge leisten. Die 34 neuen Kampfflugzeuge F/A-18 kosten 3,495 Milliarden Franken. Dieser Betrag mag, isoliert betrachtet, hoch erscheinen. Der F/A-18 ist indessen von den evaluierten Flugzeugtypen, von Kosten-Nutzen-Verhältnissen her, der günstigste. Er bringt uns für das ausgelegte Geld am meisten. –

Die Zahlungen verteilen sich über mindestens sieben Budgetjahre. Der Beschaffungsaufwand, bezogen auf ein Nutzungsjahr, beträgt bei einer Einsatzdauer von 30 Jahren lediglich 120 Millionen Franken. Die gesamten Beschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten belasten das Bundesbudget durchschnittlich mit weniger als 0,5 Prozent jährlich. Dies ist auch für den um den Zustand unserer Bundesfinanzen – zurecht – besorgten Bürger akzeptierbar.

Die **Bundeskasse wird somit nicht zusätzlich belastet**, und das EMD kann oder muss zusammen mit der Armee die von Bundesrat und Parlament geforderte «Friedensdividende» trotzdem erbringen. Die Beschaffung oder Nichtbeschaffung des neuen Kampfflugzeuges hat zudem keinen Einfluss auf Steuern (sie werden vom Volk an der Urne ohnehin separat beschlossen – wenn überhaupt!), Sozialwerke wie AHV, Krankenversicherung usw.

In der heutigen, wirtschaftlich schwierigen Zeit darf die **Beteiligung der Schweizer Industrie** durchaus in die Waagschale gelegt werden. Nebst einem direkten Auftragsvolumen von rund 330 Millionen Franken werden ihr zusätzliche Ausgleichsgeschäfte im Umfang von über 2 Milliarden Franken zufließen, mit einer Auslastung von Tausenden von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre – gewiss kein Pappentstiel!

Nein auch zur Anti-Waffenplatz-Initiative

Die Annahme dieser ebenfalls aus armeefeindlichen Kreisen stammenden Volksinitiativen würde eine zeitgemässe Ausbildung unserer Milizen enorm behindern.

Sie will die Neuerrichtung (solche sind auf absehbare Zeit ohnehin keine vorgesehen) und Erweiterung von Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen in der Verfassung verbieten und damit den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen verhindern. Für eine zeitgemässe und wirkungsvolle Ausbildung (Kampf dem Leerlauf) dringend nötige Ausbauprojekte können nicht mehr realisiert werden. Unsere jungen Soldaten könnten infolge untragbarer Ausbildungsbedingungen nicht mehr kampffähig geschult werden, was sich auf die Dienstmotivation verheerend auswirken würde – was zu erreichen denn auch das erklärte Ziel der Armeeabschaffer ist.

Nein zur Destabilisierung unserer Sicherheitspolitik und unseres Landes

Es geht den armeefeindlichen Initianten um die Fortsetzung ihrer Bemühungen für eine totale Abschaffung des wichtigsten Instrumentes unserer Sicherheitspolitik, der Armee, dieses Mal in Raten. Sie nehmen zur Erreichung ihres Zieles auch die Demontage unseres Rechtsstaates, unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, wie es von der Mehrheit unseres Volkes nach wie vor getragen wird, in Kauf. Und sie wollen mit diesem utopischen Zeugs noch auf Europa ausstrahlen, mit einer geplanten «Initiative für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur». Eine solche «Reklame» hat unser Land nach dem Entscheid vom 6. Dezember 1992 gewiss nicht nötig!

Die Frage, welche in rund zwei Monaten von Volk und Ständen zu entscheiden sein wird, ist für unser Land ebenso bedeutsam,

wie diejenige, welche am 6. Dezember 1992 zur Diskussion stand. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit in der Gemeinschaft der Völker. Unsere Nachbarn wollen keine sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer. Ein Volk, das seine Armee in Raten abschafft, riskiert sich selber abzuwerten und früher oder später unter den «Schutz» einer anderen Armee zu kommen.

Am 22. Mai nach Bern!

An diesem Samstagnachmittag findet vor dem Bundeshaus in Bern eine Grosskundgebung aller militärischen und staatsbürgerlichen Verbände unseres Landes gegen die beiden Selbstentwaffnungsinitiativen statt. Ich betrachte es als selbstverständlich, dass die Angehörigen der militärischen Verbände, Frauen und Männer, an diesem Tag zu Tausenden für unser Land und für seine Armee demonstrieren. Selbst die SRG-Medien – Fernsehen und Radio – werden sich diese Absenz nicht erlauben können. Durch einen Grossaufmarsch gilt es zu dokumentieren, dass die «schweigende Mehrheit» in unserem Land **genug hat** von den irrwitzigen Kapriolen von antidemokratischen und selbstzerstörerischen Kräften im extremen linken Spektrum unserer Politik, **genug hat** von den dauernden Belästigungen durch die professionellen Armeeabschaffer und Systemveränderer. Nur wenn unsere Antwort am 6. Juni deutlich ausfällt, werden wir uns wieder konstruktiven Aufbauarbeiten an der «Armee '95» – mit einer Flugwaffe und modernen Ausbildungsplätzen – zuwenden können. Der Auftrag ist erteilt – packen wir es an: **2 x Nein am 6. Juni 1993 zur Schutzlosmachung unseres Landes!**

Gegen eine Schweiz ohne Schutz

Keine Abschaffung der Armee in Raten!

2 x NEIN am 6. Juni 1993

Aufruf zur Grosskundgebung aller staatstragenden Organisationen, Parteien und Verbände

Gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative

Samstag, 22. Mai 1993, 14.00–16.00 Uhr,
auf dem Bundesplatz in Bern

Programm:

ab 14.00 Uhr Besammlung
ab 15.00 Uhr Kurzansprachen, Musik und
Aktionen
16.00 Uhr Verabschiedung Resolution

Teilnahme ist Ehrensache!

(Öffentliche Verkehrsmittel benutzen; Extrazüge aus allen Landesgegenden organisiert)

Weitere Informationen folgen über die Organe der beteiligten Parteien, Verbände und Vereinigungen.

AWM Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee, Postfach 14, 3000 Bern 15, Telefon 031/26 42 32.